

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im Sinne eines würdevollen Umgangs mit diesem wichtigen historischen Datum bitte ich trotz der problematischen Uhrzeit noch einmal einen Moment um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit.

Es ist inzwischen gute Tradition, dass am 17. Juni in ganz Deutschland Gedenkfeiern und politische Bildungsveranstaltungen stattfinden. An Schulen werden Lesungen mit Zeitzeugen veranstaltet, in Volkshochschulen und anderen Bildungszentren ebenso. Die Programmhefte der parteinahen Stiftungen – der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Naumann-Stiftung, der Böll-Stiftung, der Ebert-Stiftung – belegen es: Das Gedenken an den Aufstand in der DDR ist fest im geistig-politischen Leben der Bundesrepublik verankert.

Mit ihrem Antrag weist die NPD demnach auf einen Missstand hin, der so überhaupt nicht existiert. Zwar ist der Tag der Deutschen Einheit nicht mehr der 17. Juni, aber gerade das Gedenken zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes im Jahr 2003 in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft war und ist immer noch da und immer noch sehr gut vernehmbar. Hier hat ein regelrechter Aufschwung der Erinnerungskultur stattgefunden, nachdem der 17. Juni als Feiertag in der Bundesrepublik immer mehr zu einem nationalen Ausflugsstag verkommen war.

Doch nicht nur die Sicht der NPD auf die Erinnerungskultur in Bezug auf den 17. Juni ist problematisch, sondern auch die Sicht auf die DDR, wie aus Ihrem Antrag deutlich wird, ist problematisch, denn die DDR ist nicht synonym mit Kommunismus zu verbinden.

„Ich habe die DDR nicht als das geliebt, was sie war, sondern als das, was sie sein sollte“, schreibt die Schriftstellerin Christa Wolf in ihrem bald erscheinenden Buch „Stadt der Engel“. Damit steht sie symbolisch für die vielen Intellektuellen in der DDR.

Der Schriftsteller, Naturwissenschaftler und DDR-Dissident Robert Havemann, der seine Professur, sein Recht zu schreiben und am Ende

Würdigung des 17. Juni 1953 durch die Verleihung des Status eines gesetzlichen Gedenktages (Drucksache 5/2644,

Antrag der Fraktion NPD)

17. Juni 2010

sogar sein Recht, das Haus zu verlassen, verlor, hielt die DDR bis zu seinem Tod für das bessere Deutschland. Auch das müssen wir anerkennen und können nicht immer nur von der DDR als dem Kommunismus sprechen.

Die DDR war Stalins ungeliebtes Kind, sie war ein Spielball der Mächte im Kalten Krieg und sie war nicht mehr und nicht weniger als ein Satellitenstaat der Sowjetunion. Sie war in ihrem tiefen Inneren kleingeistig und bieder, sie atmete eine geistige Enge und sie war ihrem Wesen nach repressiv.

Das bekamen alle zu spüren, die sich am 17. Juni gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen in der DDR auflehnten. Dieser Menschen zu gedenken ist Aufgabe eines jeden guten Demokraten und einer jeden guten Demokratin. Das haben wir alle heute bereits in diesem Hause getan.

Des Antrages einer verfassungsfeindlichen Partei bedarf es zu diesem Gedenken nicht.

Die NPD bezeichnet den 17. Juni als „Fanal für die Befreiung vom Kommunismus“. Ich bezeichne ihn als einen Tag, der den Wunsch der Menschen nach Freiheit symbolisiert wie viele andere Tage in der deutschen Geschichte. Ich denke zum Beispiel an den März 1848, an den Herbst 1918 und auch an den 20. Juli 1944.

Das sind natürlich Tage völlig unterschiedlicher Couleur, die eines gemeinsam haben: dass sich an diesen Tagen Menschen zusammenfanden, die ihren Willen nach Freiheit offen kundtaten.

Der hier vorliegende Antrag der NPD-Fraktion basiert nicht auf einem Wunsch nach Freiheit; denn die Ziele der NPD-Fraktion sind nicht an die Werte der Menschenwürde und die Freiheit gebunden. Das haben wir erst heute Morgen wieder in diesem Haus erlebt.

„Der 17. Juni“ – ich zitiere aus einer Pressemitteilung der NPD – „– einer der Höhepunkte der deutschen Freiheitstradition“. Wir wissen aber auch in diesem Hohen Hause, wann diese Freiheitstradition jäh unterbrochen

wurde, nämlich im Jahr 1933. Das zu konstatieren und immer wieder auf das Leid einer deutschen Diktatur von 1933 bis 1945 hinzuweisen, hat nichts, rein gar nichts mit der Relativierung einer Diktatur auf deutschem Boden nach 1945 zu tun.

Noch ein kleiner Hinweis zum topografischen Bild für die Dame und die Herren der NPD-Fraktion: Der 17. Juni war mitnichten ein mitteldeutscher Volksaufstand, wie Sie es nennen. Selbst wenn ich mich bemühe, den Begriff „mitteldeutsch“ so zu definieren, wie es ja der MDR und alle anderen tun, muss ich feststellen, dass die Städte Rostock, Wismar oder Greifswald nicht dazugehören.

Ich empfehle Ihnen, beim nächsten Mal vor dem Verfassen einer solchen Pressemitteilung in einen Atlas zu schauen, und zwar nicht wie sonst aus dem Jahr 1943, sondern aus dem Jahr 2010.

Ich komme zum Schluss. Abschließend möchte ich das Wort an die Demokraten im Hause richten. Lassen Sie uns den heutigen Tag zu einem würdevollen Gedenken an den Aufstand des 17. Juni nutzen und lassen Sie nicht zu, dass er von einer Fraktion instrumentalisiert wird, für die die Freiheit niemals die Freiheit der Andersdenkenden sein wird!